



## **Scharfe Verurteilung der terroristischen Angriffe und Zugeständnis an Israel zu seinem Recht auf Selbstverteidigung**

Bern, 19. Mai 2021

Seit Tagen wird der souveräne Staat Israel, mit dem die Schweiz offizielle und freundschaftliche Beziehungen pflegt, von der palästinensischen Terrororganisation Hamas durch mittlerweile Tausenden von Raketen angegriffen. Angegriffen wird aber nicht nur die israelische Zivilbevölkerung, denn es werden wahllos auch palästinensische Infrastrukturen getroffen und palästinensische Zivilpersonen durch die Hamas-Raketen verwundet oder gar getötet. Diese zynische Inkaufnahme palästinensischer Opfer, um diese dann auf das Konto und das Gewissen des israelischen Staates zu schreiben, ist übelste und verwerfliche Kriegspropaganda.

Ein Konfliktszenario, in welchem Raketen aus Gaza in unmittelbarer Nähe von Spitälern, Schul- und Wohnhäusern Richtung Israel abgefeuert werden, stellt die israelische Armee vor extrem schwierige Herausforderungen, effektiv auf die terroristischen Angriffe zu reagieren, ohne dabei unschuldige Zivilpersonen zu gefährden.

Während der Bundesrat in seiner Stellungnahme «beide Parteien» auffordert, die Gewalt zu beenden, stellt er den demokratischen Staat Israel mit der terroristischen Hamas auf gleiche Ebene. Als funktionierender Rechtsstaat und einzige Demokratie in Nahen Osten ist Israel äusserst darauf bedacht, auf terroristische Angriffe legitim zu reagieren und das Völkerrecht einzuhalten. Durch ihre Raketenangriffe auf israelische Zivilbevölkerung aus palästinensischen Wohnvierteln tritt die Hamas das Völkerrecht gleich doppelt mit Füßen.

In diesem Kontext grenzt die Mahnung des Bundesrats an «beide Parteien» zur Einhaltung des Völkerrechts an einen Affront gegen einen Staat, der solch eine «Belehrung» in dieser bedrohlichen Lage nicht verdient. Was Israel jetzt benötigt, ist die moralische Unterstützung seiner befreundeten Länder in seinem Kampf gegen den Terror.

Die nachfolgend namentlich erwähnten Mitglieder der Parlamentarischen Gruppe Schweiz-Israel möchten explizit festhalten, dass es sich hier nicht um einen «israelisch-palästinensischen Konflikt» handelt, sondern um einen Angriff der Hamas und anderer Terrorgruppen gegen Israel, um keine Entspannung zuzulassen und einen direkten Dialog zu verhindern. Sie fordern daher den Bundesrat und insbesondere das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten dazu auf, einerseits dediziert die terroristischen Angriffe der Hamas aufs Schärfste zu verurteilen und andererseits Israel in seinem Recht auf Selbstverteidigung zu bestärken.

NR Marianne Binder  
SR Thierry Burkart  
NR Andreas Gafner  
NR Andrea Geissbühler  
NR Martin Haab  
NR Alfred Heer  
NR Verena Herzog  
NR Christian Imark

SR Daniel Jositsch  
NR Fabio Regazzi  
NR Albert Rösti  
NR Monika Rüegger  
NR Therese Schläpfer  
NR Marianne Streiff  
NR Erich von Siebenthal  
NR David Zuberbühler